



## Das Afrika-Bulletin braucht Ihre Hilfe!

Um auch weiterhin Bulletins wie dieses auf die Beine stellen zu können, sind wir dringend auf Ihre Hilfe angewiesen. Denn die für die Herausgabe des Afrika-Bulletins verfügbaren Mittel des Afrika-Komitees sind erschöpft. Ein Anfang der 1990er-Jahre durch einmalige Unterstützungsbeiträge geäufter Fonds ist aufgezehrt. Zwar arbeiten unsere Autorinnen und Autoren wie auch die Redaktion ehrenamtlich. Doch die Herstellung und der Versand des Hefts kosten mehr als wir durch Abonnements einnehmen und das Zentrum für Afrikastudien beisteuern kann. Wir rufen deshalb unsere Leserinnen und Leser auf, die weitere Herausgabe des Afrika-Bulletins durch einmalige Spenden oder regelmässige Gönnerbeiträge zu sichern. Auch Ihre Mithilfe bei der Werbung neuer AbonnentInnen ist hoch willkommen. Zudem bemühen wir uns um Unterstützung durch Institutionen. Wir danken für Ihr Interesse und Ihre Spenden auf unser Postkonto:

«Afrika-Komitee Basel»

PC 40-17754-3

Vermerk «Afrika-Bulletin»

Vielen Dank. Die HerausgeberInnen.

## Impressum

**Ausgabe 144 | November / Dezember 2011**  
**ISSN 1661-5603**

Das «Afrika-Bulletin» erscheint vierteljährlich im 36. Jahrgang.  
*Herausgeber:* Afrika-Komitee, Basel, und Zentrum für Afrikastudien Basel

*Redaktionskommission:* Veit Arlt, Susy Greuter, Elísio Macamo, Barbara Müller und Hans-Ulrich Stauffer

*Das Afrika-Komitee im Internet:* [www.afrikakomitee.ch](http://www.afrikakomitee.ch)  
*Das Zentrum für Afrikastudien im Internet:* [www.zasb.unibas.ch](http://www.zasb.unibas.ch)

*Redaktionssekretariat:* Beatrice Felber Rochat  
*Afrika-Komitee:* Postfach 1072, 4001 Basel, Schweiz  
Telefon (+41) 61-692 51 88 | Fax (+41) 61-269 80 50  
*E-Mail Redaktionelles:* [afrikabulletin@afrikakomitee.ch](mailto:afrikabulletin@afrikakomitee.ch)  
*E-Mail Abonnemente und Bestellungen:* [info@afrikakomitee.ch](mailto:info@afrikakomitee.ch)

*Postcheck-Konto Basel:* 40-17754-3  
*Für Überweisungen aus dem Ausland:*  
in CHF: MigrosBank, IBAN CH95 0840 1016 1437 3770 7  
in Euro: Postkonto, IBAN CH40 0900 0000 9139 8667 9  
(Bic SwiftCode: POFICHBEXX; Swiss Post, PostFinance, CH-3000 Bern)

*E-Mail-Adresse:* [info@afrikakomitee.ch](mailto:info@afrikakomitee.ch)

*MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:* Veit Arlt (Red.), Pius Frey, Susy Greuter (Red.), Kathrin Heitz Topka, Elísio Macamo, Christoph Meyer, Hans-Ulrich Stauffer, Heribert Weiland

*Gestaltungskonzept:* typohaller  
*Layout:* Wernlis, grafische Gestalter, Basel  
*Druck:* Rumzeis-Druck, Basel

*Inserate:* Gemäss Tarif 5/99, Beilagen auf Anfrage  
*Jahresabonnement:* Fr. 25.–/Euro 25.–  
*Unterstützungsabonnement:* Fr. 50.–/Euro 50.–  
Im Mitgliederbeitrag von Fr. 60.–/Euro 40.– ist das Abonnement enthalten.

*Redaktionsschluss Nummer 145:* 31. Dezember 2011.

*Schwerpunktthema:* Afrikanisches Kino.

*Schwerpunktthemen nächster Ausgaben:* Ernährungssicherheit, Repräsentation und Wahrnehmung Afrikas, Politische Partizipation und Demokratie. Interessenten an einer Mitarbeit sind eingeladen, mit der Redaktion Kontakt aufzunehmen.

*Unser Titelbild:* Torres Atlantico und Sonangol-Gebäude. Viele neue Hochhäuser verdeutlichen den wirtschaftlichen Aufschwung Luandas. (Bild: Tex, 2008).

Im Heft 142 haben wir einen dringenden Aufruf zur Unterstützung des Afrika-Bulletins publiziert. Er ist nicht ungehört verhallt, und wir möchten die eingegangenen Beiträge und neuen Abonnemente an dieser Stelle ganz herzlich verdanken. Leider ist das Ziel, das weitere Erscheinen des Afrika-Bulletins zu sichern, noch in weiter Ferne, weshalb wir den Aufruf hier nochmals abdrucken. Über zwei originelle Reaktionen berichtet jedoch Hans-ueli Stauffer:

«Aus Kassel erhielten wir ein Schreiben mit einer alten 100-Franken Note mit dem Bild des Tessiner Architekten Borromini. Der Spender schrieb dazu: «Diese alte Banknote ist hier nicht mehr eintauschbar, aber in der Schweiz noch gültig. Es wäre schade, wenn das Afrika-Bulletin nicht mehr erscheinen würde.» Herzlichen Dank für diese tolle Art des Papier-Recyclings! Ebenfalls auf sympathische Art unterstützt uns ein weiterer Leser. Er schreibt uns, dass er aufgrund seines Sehvermögens das Afrika-Bulletin in der gedruckten Ausgabe nicht mehr lesen kann. Daher weicht er auf die online-Version aus und vergrössert das Schriftbild am Bildschirm. Da das Afrika-Bulletin online kostenlos zugänglich ist, hat uns der Leser um die jährliche Zustellung eines Zahlungsscheins für eine Unterstützungsspende gebeten – auch ihm herzlichen Dank!»

Die Idee für dieses Heft entstand ziemlich unvermittelt, nachdem wir das eigentlich geplante Thema (afrikanisches Kino) aus Termingründen auf Februar 2012 verschieben mussten. Das Thema wirtschaftlicher Aufschwung in Afrika fand im Redaktionskomitee sofort Anklang, und in der Tat sind innert kurzer Zeit spannende Beiträge zusammengekommen. Wie so oft gestaltete sich hingegen die Suche nach geeigneten, hochauflösenden Bildern – insbesondere für die Titelseite – äusserst schwierig. Das Durchforsten der Bilderdatenbanken mit den Stichworten «economic boom», «middle class» und sogar mit «industry» und «business» förderte in Kombination mit «Africa» erstaunlich wenig Brauchbares zu Tage, bis auf die wohlbekannten Bilder von Minen und den dazugehörigen Industrien. Zwar stellen diese eine wichtige Komponente des wirtschaftlichen Aufschwungs dar, doch sollte unser Titelbild etwas Neues zeigen. Einen Ausweg boten schliesslich Bilder vom boomenden Luanda – einem der teuersten Pflaster weltweit – wo die Wolkenkratzer wie Pilze aus dem Boden schiessen.

Veit Arlt

## Berichtigung

Im Afrika-Bulletin Nr. 143 blieb im Beitrag von Susy Greuter zur südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft bei der Korrektur versehentlich der folgende Satz stehen: «Noch immer braucht es ein Visum, um die Grenzen legal zu überschreiten». Dies trifft inzwischen fast nur noch für die SADC-Mitglieder Angola, Demokratische Republik Kongo und Madagaskar zu.

# Hopp Afrika!

## Afrikas Wirtschaft macht Schlagzeilen

In jüngster Zeit häufen sich positive Meldungen über Afrikas Wirtschaft. Viele BeobachterInnen sind überrascht und skeptisch – zu unrecht, meint Elísio Macamo, und ortet die Gründe für den Aufschwung in einer religiösen Arbeitsethik.



Eine mittelständische Familie in Kenya beim Ostergottesdienst. In den Pfingstkirchen Afrikas wird viel Wert auf weltlichen Wohlstand gelegt. Bild: BBC World Service 2011.

Seit geraumer Zeit liest man seltsame Schlagzeilen über Afrika. Im August 2010 titelte die *Financial Times* «Next to watch: emerging African consumers». Im November 2010 veröffentlichte die Weltbank einen Bericht, der in den Medien mit der Schlagzeile zitiert wurde «Africa is making important strides.» Das McKinsey Global Institute bestätigte diese Schlagzeilen mit einem Bericht, in welchem zu lesen war, dass Afrika einer der am schnellsten wachsenden Regionen der Welt ist. Daraufhin titelten die *BrandMakerNews*: «Africa: the next big economic boom». Seltsam sind die Schlagzeilen, weil sie so gar nicht zum Bild von Afrika passen, das die öffentliche Wahrnehmung prägt.

The Economist berichtet in einer seiner Oktober-Ausgaben von einem Bankenboom in Afrika. Eine der grössten chinesischen Banken, die ICBC, hat für 20 Prozent der Aktien der südafrikanischen Standard Bank 5,5 Milliarden USD investiert. Und bevor nun jemand die Aussagekraft in Bezug auf den gesamten Kontinent in Frage stellt, sei darauf verwiesen, dass Bradesco und Banco do Brasil, zwei brasilianische Banken, zusammen mit Banco Espírito Santo (Portugal) eine Holding in Angola gegründet haben. 2009 haben afrikanische und ausländische Banken in Afrika (unter Ausschluss von Südafrika) fast so viel Profit gemacht wie westliche Banken in Indien und China: 2,6 Milliarden USD. Es tut sich etwas in Afrika, auch wenn die üblichen Krisen-nachrichten nicht von unseren Fernsehbildschirmen weichen wollen. Doch was tut sich da genau und warum gerade jetzt? Wieso haben die meisten von uns die Vorzeichen übersehen?

NigerianerInnen und GhanaerInnen machen mobil und erobern den Kontinent. Angetrieben werden sie von Pfingstkirchen, die einen ausgeprägten Sinn für Profit und weltlichen Wohlstand entwickelt haben. Muslimische Bruderschaften in Westafrika lagen ihnen um Jahre voraus. Sie haben insbesondere im Senegal schon

länger eine Wirtschaftsethik entwickelt, die Fleiss und Profit zu den vornehmsten Tugenden zählt. Wer diese Eigenschaften der Bruderschaften kennt, wundert sich nicht, dass gemäss dem Weltgrosszügigkeitsindex (world generosity index) die Überweisungen von MigrantInnen die Entwicklungshilfetransferleistungen grosser Geber wie die USA oder Deutschland weit übertreffen. Die Gelder, die in den Senegal fliessen, stammen von AfrikanerInnen, die sich eine Handlungsethik angeeignet haben, welche ihnen erlaubt, sich in einer Welt zurecht zu finden, die durch andere geschaffen wurde. Der gleichen Ethik fühlen sich viele AfrikanerInnen verpflichtet, die Unternehmen in China gegründet haben, um Handel mit Afrika zu betreiben. Die gleiche Ethik treibt – oft mit tragischem Ausgang – viele junge AfrikanerInnen in die gefährliche und ungewisse Migration über das Mittelmeer.

In den folgenden Beiträgen fragen wir, ob der Optimismus begründet ist. Heribert Weiland führt uns mit einigen Überlegungen zur Veränderung der sozialen Struktur in afrikanischen Gesellschaften in die Thematik ein. Vielleicht ist hier eine Erklärung für die Beschaffenheit dieses «Booms» zu finden. Jörg Goldberg nimmt die Boomwirtschaft als solche genau unter die Lupe und fragt nach ihrer Nachhaltigkeit. Christoph Meyer schliesslich erweitert die Perspektive und hinterfragt den propagierten Markt für Kompensationszahlungen, der Einkommen schafft ohne den Ressourcenverbrauch zu steigern, aber auch der klassischen Vorstellung von Wirtschaftswachstum auf der Basis von Produktionssteigerung zuwider läuft. Was aus den verschiedenen Perspektiven dabei herauskommt, ist einfach spannend zu lesen. ■

Elísio Macamo ist Soziologe und Professor für Afrikastudien an der Universität Basel. Kontakt: [elisio.macamo@unibas.ch](mailto:elisio.macamo@unibas.ch).

# Vom Armenhaus zum Powerhouse

## Ein genauer Blick auf Afrikas Wirtschaft lohnt sich

**Der afrikanische Kontinent wird zumeist mit Negativmeldungen verbunden, die einen Afropessimismus schüren. Auf der Basis einer sorgfältigen Analyse stellt der Politikwissenschaftler Heribert Weiland vom Arnold-Bergstraesser-Institut in Freiburg im Breisgau hingegen eine optimistische Prognose und erkennt im Kontinent das Potential, gar zu einem Powerhouse in der Weltwirtschaft zu werden.**

Die Meldungen über Kriege, Krankheiten und Korruption bestätigen das Klischee von Afrika als dem Armenhaus der Welt nur zu häufig. Auch seriöse Presseberichte zur Entwicklungshilfe schwanken in ihrer Beurteilung zwischen Akzeptanz dringend gebotener Hilfsmassnahmen für geschundene Kriegsflüchtlinge und der Kritik an fragwürdiger Beihilfe zur Misswirtschaft von undemokratischen Staatseliten. Entsprechend fallen auch die Zukunftsprognosen mehrheitlich pessimistisch aus: Afrika sei und bleibe in puncto Entwicklung ein hoffnungsloser Fall – ein dauerhafter, sich selbst tragender Aufschwung sei nicht zu erwarten.

Eine genauere Beobachtung vermittelt jedoch ein anderes Bild. Afrika befindet sich in einem rasanten Umbruch, wobei die Entwicklungsprognosen trotz vieler Widersprüchlichkeiten eher nach oben als nach unten zeigen. Afrika mit seinen unermesslichen Ressourcen und seinem grossen Entwicklungspotential ist längst Teil des zunehmenden Globalisierungsprozesses geworden. Wirtschaftlich und damit auch politisch fällt dem afrikanischen Kontinent, bestehend aus 53 Staaten mit insgesamt etwa einer Milliarde EinwohnerInnen, eine immer grössere Bedeutung zu.

### Zweistelliges Wachstum des BIP

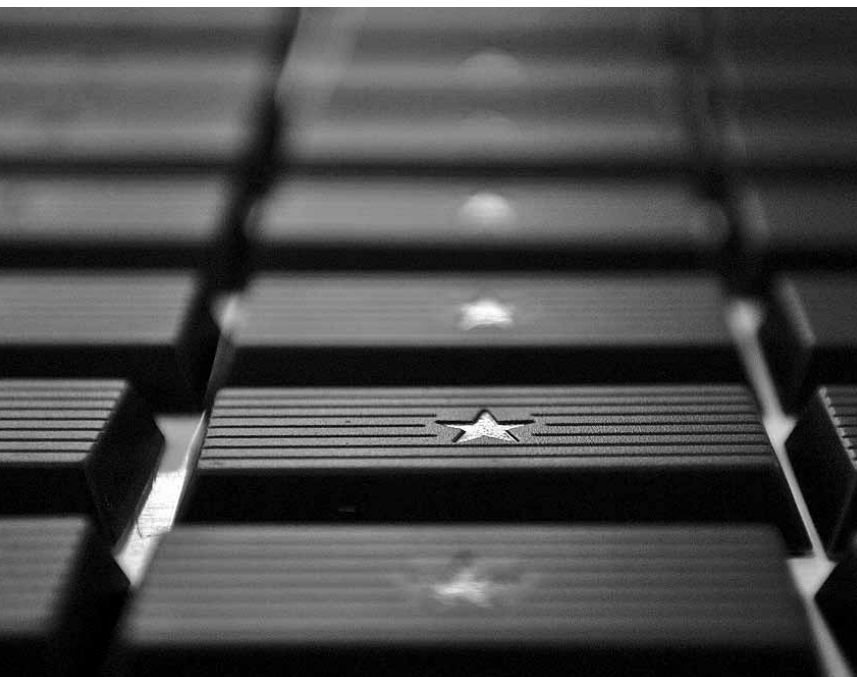
Als wichtigster Indikator bei internationalen Vergleichen wird nach wie vor das Bruttoinlandsprodukt (BIP) herangezogen. Die Wachstumsraten des BIP in den rohstoffreichen Staaten Afrikas erreichten in den letzten Jahren zweistellige Werte. Auch die in dieser Hinsicht weniger gut ausgestatteten west- und zentralafrikanischen Länder werden 2011 – so die Prognosen des IWF – trotz Finanzkrise in den G8-Staaten noch Wachstumsraten von fünf Prozent und mehr erreichen. Afrikas Armut schwindet schneller als gedacht. Muss-ten 1990 noch 42 Prozent der Bevölkerung mit weniger als einem Dollar pro Tag auskommen, so liegt gegenwärtig der Anteil schon deutlich unter 30 Prozent.

Wesentliche Grundlage für die günstige Wirtschaftsentwicklung Afrikas sind zweifellos die reichen Rohstoffreserven des Kontinents, die vor allem in den hochindustrialisierten Staaten nachgefragt werden. Die Finanzkrise hat zwar zu grossen Preisschwankungen geführt, aber die Nachfrage ist mit der zumindest vorübergehenden Erholung der Weltwirtschaft schon wieder gestiegen. Der Boom der letzten Jahre ist besonders durch die wachsende chinesische Präsenz auf den afrikanischen Märkten gefördert worden. Chinas Hunger nach Rohstoffen hat zu einem grossen wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Engagement Pekings im Infrastruktursektor geführt und hat in vielen Ländern Afrikas zu sichtbaren Verbesserungen beigetragen. Die Schwellenländer China, Brasilien und Indien konkurrieren damit immer stärker mit den Wirtschaftsinteressen und den Entwicklungsprojekten der westlichen Industriestaaten (siehe hierzu auch Afrika Bulletin Nr. 143 zum Thema Süd-Süd Zusammenarbeit). Auch wenn sich die Stimmen mehren, die in der massiven Präsenz Chinas die Gefahr einer neuen Kolonisierung Afrikas erkennen, kann sich Peking in der Wahrnehmung der afrikanischen Regierungen trotz der asymmetrischen Handelsbeziehungen einer hohen Wertschätzung erfreuen – nicht zuletzt weil China eine «Politik der Nichteinmischung» betreibt und dabei auch bedenkenlos korrupte afrikanische Regime unterstützt.

### Nicht nur Rohstoffe

Würde das afrikanische Wachstum allein auf dem Abbau und Export von Rohstoffen gründen, stünde es auf einer sehr schmalen Basis und könnte kaum als nachhaltig bezeichnet werden. Die Ausbeutung von Erdöl-, Eisenerz-, Phosphat- oder Uranvorkommen spült zwar viel Geld in die afrikanischen Kassen, doch ein Breitenwachstum lässt sich darauf nicht aufbauen. Entscheidend ist, dass das volatile Rohstoffgeschäft durch einen starken Zuwachs im Dienstleistungssektor, aber auch durch neue industrielle Strukturen ergänzt und gefestigt wird. Die IT-Branche hat sich als besonders wachstumskräftiger Wirtschaftszweig etabliert. Internet und Mobiltelefone haben einen ungeahnten Siegeszug in Afrika angetreten. Der sogenannte Digital Divide, der nach wie vor zwischen Industrie- und Entwicklungsländern besteht, wird schrittweise überwunden. Selbst in den ärmsten Staaten, wie Äthiopien oder sogar Somalia, ist das Handy allgegenwärtig, auch wenn es oft nur aus Prestige Gründen vorgezeigt wird, da die EigentümerInnen die hohen Kosten für das Aufladen

Schokoladenproduktion in Tema, Ghana. Afrikas Exportwirtschaft basiert zu sehr auf Rohstoffen. Es ist entscheidend, dass Wertschöpfung durch Verarbeitung und Produktion vermehrt gefördert wird, z. B. durch den Abbau von Handels-schranken. Bild: Jonathan Ernst, Weltbank 2006.



Geldtransfer per Handy in Tamale, Ghana.  
 Mobiltelefonie und Internet haben  
 auch für die Menschen an der Basis ganz  
 neue Optionen geschaffen und tragen  
 wesentlich zum Aufschwung in Afrika bei.  
 Bild: Rachel Strohm, 2010.



mit Gesprächsguthaben nicht aufbringen können. Der Kommunikationsmarkt kann auf exorbitante Wachstumsraten verweisen. Telefonieren wird zum modernen Bestandteil afrikanischer Kommunikationskultur hochstilisiert.

Was in der Wahrnehmung Afrikas weitgehend übersehen wird, ist die Tatsache, dass die Wirtschaftsentwicklung in zunehmendem Masse auf dem heimischen Verbrauch fusst. Statistiken zeigen, dass in den letzten Jahren das Wachstum zu zwei Dritteln dem privaten Güterkonsum und lokalen Dienstleistungen zuzurechnen ist. Die immer grösser werdende, kaufkräftige afrikanische Mittelschicht wird inzwischen auf 300 Millionen, also ein Drittel der Gesamtbevölkerung des Kontinents geschätzt. Dabei spielt – im Kontrast zur allgegenwärtigen Armutsdiskussion – der zunehmende Luxuskonsum eines in jüngster Zeit reich gewordenen Geldadels eine Rolle. Gut dotierte RegierungsbeamtInnen, UnternehmerInnen und vor allem Fachkräfte, die gerade in den aufstrebenden Ökonomien dringend benötigt werden, verfügen über ein grosses Konsumpotential. Hinzu kommt der zunehmende Brain-Gain, d.h. die Rückkehr Tausender von im Ausland gut ausgebildeten Fachkräften. Diese leisten einerseits einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung des dringend benötigten Humankapitals, andererseits besitzen sie mehrheitlich einen hohen Lebensstandard und garantieren eine kaufkräftige Nachfrage.

### Soziale Differenzierung

Die rasanten Veränderungen Afrikas zeigen sich besonders im Grad der Urbanisierung. Nirgendwo in der Welt gibt es gegenwärtig einen ähnlich starken Verstärkerprozess wie in Afrika. Mehr als ein Drittel der Bevölkerung lebt schon jetzt in urbanen Zentren.

Städte versprechen Elektrizität, Schulen, Krankenhäuser, Abwechslung und vor allem Jobs. Hier werden 80 Prozent des BIP erwirtschaftet. Hier sind grosse Märkte, hier findet Industrialisierung statt, und zwar sowohl in modernen Unternehmen als auch in kleinen Reparaturbetrieben am Strassenrand. Die Grossstädte – Lagos ist inzwischen auf 15 Millionen EinwohnerInnen angewachsen – sind Ausdruck eines globalen Lebensstils. Die Grundstücks- und Immobilienpreise im Zentrum weichen kaum von denen in anderen internationalen Metropolen ab. Täglich entstehen neue Bürotürme, Kaufhäuser und Restaurants. In Nigeria hat sich mit «Nollywood» die zweitgrösste Filmindustrie der Welt etabliert, in der inzwischen doppelt so viele Filme gedreht werden wie im altherwürdigen Hollywood. Das Wachstum hat natürlich seine Schattenseiten. Der Profit einiger weniger lässt den sozialen Differenzierungsprozess immer eklatanter werden. Entsprechend werden Arbeitskonflikte zunehmend aggressiv ausgetragen, und die Kriminalität nimmt extreme Ausmasse an. Entscheidend ist, dass mit der Urbanisierung und Industrialisierung ein Wachstumsschub eingesetzt hat, der einerseits mit Konflikten, Verelendungsprozessen und Gewalt verbunden ist, andererseits aber zu einer Modernisierung beisteuert, die von der Mehrheit der Menschen gewollt ist und zur gesamtgesellschaftlichen Wohlstandsteigerung beiträgt.

### Stimmungswandel

Wichtiger als alle ökonomischen Erfolgsstatistiken ist jedoch eine andere Entwicklung, die sich auf die Wahrnehmung und Einstellung der Menschen selbst bezieht. Etwa 50 Jahre nach der Kolonialzeit zeichnet sich ein mentaler Umschwung ab. Afrika will und muss sein Schicksal und seine Entwicklung in die eigenen Hände nehmen. Auf dem ganzen Kontinent ist ein Stimmungswandel festzustellen. Das unübersehbare chinesische Engagement in Afrika hat zu diesem Neuanfang beigetragen, weil die im Kontakt mit den früheren Kolonialherren immer noch vorherrschenden Zweifel an den eigenen Fähigkeiten durch Verhandlungen auf Augenhöhe mit neuen Partnern weitgehend überwunden wurden. Viele Anzeichen deuten darauf hin, dass Afrika sich vom «Armenhaus zum Powerhouse» wandelt.

Heribert Weiland ist Direktor des Arnold-Bergstraesser-Instituts und ausserplanmässiger Professor am Institut für Politikwissenschaft der Albert Ludwigs-Universität in Freiburg im Breisgau.  
 Kontakt: heribert.weiland@abi.uni-freiburg.de,  
 www.arnold-bergstraesser.de.

# Nachhaltiges Wachstum

## Autonome Strategien nötig

**Afrika hat im letzten Jahrzehnt eindrucksvolle Wachstumsraten verzeichnet. Dies veranlasst viele Beobachter, Afrika an der Schwelle des wirtschaftlichen Take-off zu sehen, ähnlich wie China und Indien vor 20 bis 30 Jahren. Die Frage ist, wie nachhaltig dieser Aufschwung ist, bzw. wie nachhaltig er gestaltet werden kann. Exzerpte aus zwei Artikeln von Jörg Goldberg, der regelmässig für Weltwirtschaft & Entwicklung schreibt, geben einen Überblick über Strategien und Herausforderungen, wie sie verschiedene Studien internationaler Organisationen aufzeigen.**

Afrika boomt. Wenn das rohstoffbasierte Wachstum anhält, ist «Afrika bereit, die am raschesten wachsende Region des 21. Jahrhunderts zu werden», so die UN-Wirtschaftskommission für Afrika (UNECA) und die Afrikanische Union (AU) in ihrem neuen Economic Report on Africa. Seit etwa zehn Jahren verzeichnet der Kontinent wirtschaftliche Wachstumsraten zwischen fünf und sechs Prozent jährlich, nur kurz unterbrochen durch die Krise 2008/2009. Die wichtigste Triebkraft ist die Förderung nicht erneuerbarer Rohstoffe, aber auch Telekommunikation (Handys) und einige Dienstleistungen boomen. Die finanzielle Situation vieler Regierungen hat sich verbessert, was unter anderem die Verfügbarmachung der Devisenreserven Afrikas südlich der Sahara (von 30 auf 150 Milliarden USD) zwischen 2003 und 2011 deutlich macht.

Die AutorInnen des UNECA-Reports halten die neo-liberalen Reformen der Strukturanpassungsära für die Hauptursache der lang anhaltenden Stagnationsperiode von 1973 bis 2000, welche die dynamische Expansion von 1960 bis 1972 beendete und die Handlungsfähigkeit der afrikanischen Staaten nachhaltig beeinträchtigte. Die Weltbank dagegen begreift in ihrer neuen Afrika-Strategie den gegenwärtigen Boom als Ergebnis der in den 1980er und 1990er Jahren praktizierten Reformen.

### **Unzureichende Diversifizierung als Herausforderung**

Beide Dokumente sehen in der «nichtdiversifizierten Produktionsstruktur» der meisten afrikanischen Ökonomien Risiken und Herausforderungen. Allerdings geht nur die UNECA ins Detail: Die durch den aktuellen Boom akzentuierte Abhängigkeit von der Förderung nicht-erneuerbarer Rohstoffe macht Afrika extrem abhängig von deren Verfügbarkeit (natürliche Ressourcen sind endlich), setzt den Kontinent spekulativ überhöhter Preisvolatilität aus und sorgt für Wachstum ohne neue Arbeitsplätze.

Die mit dem Rohstoffboom verbundenen Chancen stehen gleichwohl sowohl für die Weltbank als auch die UNECA im Vordergrund. Entscheidend für die Nachhaltigkeit des gegenwärtigen Aufschwungs ist, dass es zu einer Diversifizierung der Wirtschaft und so zu einer verminderten Verletzlichkeit gegenüber Krisen kommt. Dies kann nur erreicht werden, wenn die Handlungsfähigkeit der Regierungen gestärkt wird: «Governance und Handlungsfähigkeit des öffentlichen Sektors sind die Grundlagen der Strategie», findet die Weltbank, während die UNECA feststellt, dass der erforderliche Strukturwandel nur gelingen kann, «wenn der Staat seine zentrale Rolle im Entwicklungsprozess erfüllt.»

### **Gegensätzliche Konzepte**

Obwohl Weltbank und UNECA beide Gouvernanz für den entwicklungspolitischen Schlüssel halten, fallen die Lösungsansätze inhaltlich denkbar unterschiedlich aus. Für die Weltbank ist Regierungsschwäche letzten Endes ein technisches Problem: Die Stärkung demokratischer Elemente und eine bessere Ausbildung der politischen FührerInnen könnten das afrikanische Gouvernanz-Problem lösen. Folge der unzureichenden Regierungsführung seien restriktive Unternehmensvorschriften und ungenügende Infrastruktur einerseits, politische Instabilität, Korruption und Fragilität vieler Staaten andererseits.

Die UNECA hingegen ist der Ansicht, dass der für nachhaltige Entwicklung notwendige Strukturwandel durch den Staat aktiv gestaltet werden müsse. Dabei verweisen die AutorInnen sowohl auf die historischen Erfahrungen Europas wie auf die aktuellen Beispiele aus Asien und Lateinamerika. Für die UNECA geht es in Afrika um ein neues Staatsverständnis, nämlich um den Aufbau eines «Entwicklungsstaates», der in der Lage ist, Entwicklung nicht nur zu planen, sondern auch zu steuern. Dieser Staat müsse vor allem eine handlungsfähige Bürokratie besitzen, die gegenüber den widerstreitenden sozialen Interessen über eine gewisse Unabhängigkeit verfügt. Seine Aufgabe sei unter anderem die gezielte Förderung einer «nationalen Bourgeoisie», welche die bisherige Abhängigkeit von ausländischen Geschäftsinteressen vermindern kann.

### **Die Rolle der Aussenwirtschaft**

Es ist bislang keinem Land und keiner Region der Weltgeschichte gelungen, einen eigenständigen Entwicklungsweg einzuschlagen, ohne die Aussenbeziehungen gestalten zu können. Die notwendige Diversifizierung der Produktionsstrukturen wird kaum gelingen, ohne die Einflüsse des Weltmarkts abfedern zu können.

Im Gegensatz zu den Strategievorschlägen der Weltbank, die den Aussenwirtschaftsbereich ausklammert, sieht die UNECA in den gegenwärtigen internationalen Handelsregeln eine Ursache für die Zementierung der bestehenden einseitigen afrikanischen Exportstrukturen und fordert mehr afrikanische Mitsprache in den internationalen Organisationen. Besondere Gefahren werden in den Verhandlungen über die Europäischen Partnerschaftsabkommen (EPA) gesehen: Diese könnten die afrikanischen Staaten zu überstürzter Liberalisierung im Austausch mit Europa zwingen und so die Bemühungen für mehr regionale Integration in Afrika konterkarieren. Angesichts der Enge der nationalen Märkte hängt der Aufbau einer verarbeitenden Wirtschaft aber ganz entscheidend vom Erfolg der regio-

nenalen Integration ab. Rohstoffe, Mobiltelefone und Finanzdienstleistungen können das immer drängendere Problem der Unterbeschäftigung nicht lösen. Während Bergbau, Telekommunikation und Finanzdienstleistungen boomen, stagniert die Industrie.

### Relative De-Industrialisierung seit 1990

Eine Studie der UN-Organisation für Industrielle Entwicklung (UNIDO) und der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) empfiehlt den Regierungen eine umfassende Industriepolitik, sieht aber die globalen Spielräume dafür schrumpfen.

Ausgangspunkt ist die weitgehend unbestrittene Feststellung, dass Entwicklung historisch immer mit strukturellem Wandel zugunsten der verarbeitenden Wirtschaft verbunden war. Nur hier können jene produktiven Arbeitsplätze entstehen, die zu einer eigenständigen und dauerhaften Überwindung von chronischer Armut unabdingbar sind: «Industrielle Entwicklung ist eine entscheidende Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum und Armutsreduzierung», resümierte UNIDO und UNCTAD.

Vor diesem Hintergrund ist die präsentierte Bilanz der Industrialisierung in Afrika niederschmetternd: Begünstigt durch eine – wenn auch als verfehlt dargestellte – Politik der Importsubstitution stieg der Anteil der verarbeitenden Industrie am Bruttoinlandprodukt des Kontinents zwischen 1970 und 1990 deutlich von 6,3 auf 15,3 Prozent. Seither aber sinkt er ununterbrochen – auf 10,5 Prozent im Jahre 2008. Der Boom der 2000er Jahre geht an der Industrie vollständig vorbei.

Noch ungünstiger wird das Bild, wenn man sich die Struktur der afrikanischen Industrie ansieht. Die Hälfte der verarbeitenden Industrie (gemessen an der industriellen Wertschöpfung) ist «ressourcenbasiert»: Dazu gehören z.B. Raffinerien, Metallschmelzen und Holzverarbeitung – Bereiche also, die eigentlich eher zur Rohstoffwirtschaft als zur Verarbeitung zu zählen sind. Weniger als ein Fünftel der industriellen Wertschöpfung (Tendenz sinkend) entfällt auf arbeitsintensive, technologisch weniger anspruchsvolle Sektoren. «Im Bereich arbeitsintensiver Verarbeitungsindustrien verliert Afrika immer weiter an Boden», konstatiert der Bericht.

### Strategien und Rahmenbedingungen

Auch wenn die meisten Vorschläge nicht neu sind, bieten die AutorInnen in ihrem Hauptteil ein akzentuiertes Plädoyer für eine industriepolitische Agenda. Sie schlagen die schrittweise Ausarbeitung von nationalen Strategien vor, wobei sie der Einbindung des privaten Sektors und der Identifizierung von länderspezifischen industriellen Schlüsselbereichen eine zentrale Bedeutung zumessen. Bei der Umsetzung legen sie die Akzente auf Massnahmen

- zur Förderung der wissenschaftlichen und technologischen Innovation,
- zur Verknüpfung mit anderen Bereichen der Wirtschaft, insbesondere mit dem Agrarbereich,
- zur Förderung einheimischen Unternehmertums und zur Verbesserung der wirtschaftspolitischen Interventionsfähigkeit.

Schliesslich untersuchen die AutorInnen die globalen Rahmenbedingungen, die eine nationale industriepolitische Strategie heute in Rechnung zu stellen hat. Dabei müssen sie einräumen: «Bezogen auf Afrika ist offensichtlich, dass die politischen Spielräume für nationale Industriepolitik im Zusammenhang mit den existierenden und absehbaren internationalen Handelsregeln schrumpfen.» Angefangen bei Zollregelungen über öffentliches Beschaffungswesen bis hin zu gezielten Subventionen werden die industriepolitischen Handlungsspielräume der Regierungen immer weiter eingeschränkt. Die gezielte Förderung nationaler Industrien, Auflagen an multinationale Konzerne hinsichtlich lokaler Beschaffung, Förderung von Exporten usw. werden zunehmend über internationale Regelungen im Rahmen von WTO und Europäischen Partnerschaftsabkommen verboten. ■

Jörg Goldberg ist Wirtschaftswissenschaftler und seit 1989 als entwicklungspolitischer Gutachter in über 20 Ländern Afrikas tätig. Der Beitrag basiert auf zwei Artikeln von Jörg Goldberg, die im Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung Nr. 5/2011 (Afrika: Good Governance oder Entwicklungsstaat?) und 8/2011 (Eine industriepolitische Agenda für Afrika) erschienen, siehe [www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org](http://www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org). Sie wurden von Susy Greuter zusammengefasst.

Weitere Quellen:

- United Nations Economic Commission for Africa/African Union: Economic Report on Africa 2011. Governing development in Africa – the role of the state in economic transformation. Addis Abeba 2011. Online: [www.uneca.org/era2011/ERA2011\\_ENG-fin.pdf](http://www.uneca.org/era2011/ERA2011_ENG-fin.pdf).
- The World Bank: Africa's Future and the World Bank's Support to it. 2011. Online: [siteresources.worldbank.org/INTAFRICA/Resources/AFR\\_Regional\\_Strategy\\_3-2-11.pdf](http://siteresources.worldbank.org/INTAFRICA/Resources/AFR_Regional_Strategy_3-2-11.pdf).
- UNIDO-UNCTAD: Economic Development in Africa, Report 2011, Fostering Industrial Development in Africa in the New Global Environment. New York – Geneva 2011. Online: [www.unido.org/fileadmin/user\\_media/News/2011/aldcafrica2011\\_en.pdf](http://www.unido.org/fileadmin/user_media/News/2011/aldcafrica2011_en.pdf).

## Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung



**Kurz, kompetent, kompakt:  
Der Fachinformationsdienst  
für Globalisierung,  
Nord-Süd-Politik und  
internationale Ökologie**

Orientierende **Kurzanalysen**, informative **Fachartikel** und Beiträge zur **Strategiediskussion** der Zivilgesellschaft. Termin- und Hinweisdienst im W&E-Update und W&E-Infospiegel.

„Sachlich qualifiziert,  
journalistisch gut  
aufbereitet, in  
entwicklungspolitischen  
Kreisen  
sehr geschätzt“

*Südwind-Magazin,  
Wien*

Jahresabo mit 12 W&E-Informationsbriefen, ca. 6 W&E-Hintergrund-Ausgaben, aktuellen Zusatz- und Vorabartikeln und Web-Archiv.

**Bitte kostenlose Probeexemplare anfordern!**

**Besuchen Sie uns auf:  
[www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org](http://www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org)**

# Handel mit Emissionszertifikaten

## Abholzung vermindern – REDD-Gelder kassieren

In der Diskussion um Afrikas Wirtschaft spielt nicht nur die Ausbeutung von Rohstoffvorkommen eine grosse Rolle. Kompensationszahlungen im Bereich des CO<sub>2</sub>-Ausstosses sollen einen neuen Markt generieren. Doch kann dieser effektiv eine Alternative bieten? Christoph Meyer wirft einen kritischen Blick auf REDD, das Programm zur Reduzierung von Emissionen durch Abholzung und Walddegradierung.

Im August diesen Jahres verkündete Ugandas Präsident Yoweri Museveni, er werde nun doch grünes Licht zum Kahlschlag von 7100 Hektaren im Naturschutzgebiet Mabira-Wald in Zentral-Uganda geben. Das ugandisch-indische Unternehmen SCOUT sollte dort Zuckerrohr-Plantagen anlegen. Es war nicht der erste Angriff auf den 30 000 Hektar grossen Wald. Schon vier Jahre zuvor im April 2007 meinte der Präsident, es gebe Zuckerknappheit und man brauche Zucker für die Produktion von Agrartreibstoff. Er ordnete die Aufhebung des Schutzstatus an.

Neun Affen- und 300 Vogelarten gibt es im Mabira-Wald, der Wassereinzugsgebiet für Viktoriasee und Nil ist – BirdLife International, eine der Grossen unter den internationalen Naturschutzorganisation, schreckte hoch. Über ihren nationalen Zweig «Nature Uganda» begann sie, die ugandische Zivilgesellschaft zu mobilisieren. Sie gab eine Wirtschaftlichkeits-Studie in Auftrag. Der Wert des Holzes im Wald betrug laut nationaler Forstbehörde 314 Millionen USD, der Wert des gespeicherten Kohlenstoffs hingegen 212 Millionen an Wald-Kohlenstoff-Zahlungen (z.B. REDD-Mittel) pro Jahr(!), so die Studie.

Die BirdLife Kampagne stiess auf Resonanz in der ugandischen Öffentlichkeit. Die Rechte der Landbevölkerung waren berührt – im Wald findet man Nahrung und Medizinalpflanzen. Ausserdem boomt der Naturtourismus dort, er ist inzwischen der zweitgrösste Devisenbringer Ugandas.

Der Konflikt eskalierte. Eine Demonstration fand statt, es gab Strassenkämpfe mit drei Toten, und im Oktober 2007 zog Präsident Yoweri Museveni den Plan zurück. Doch jetzt ist er wieder auf dem Tisch.

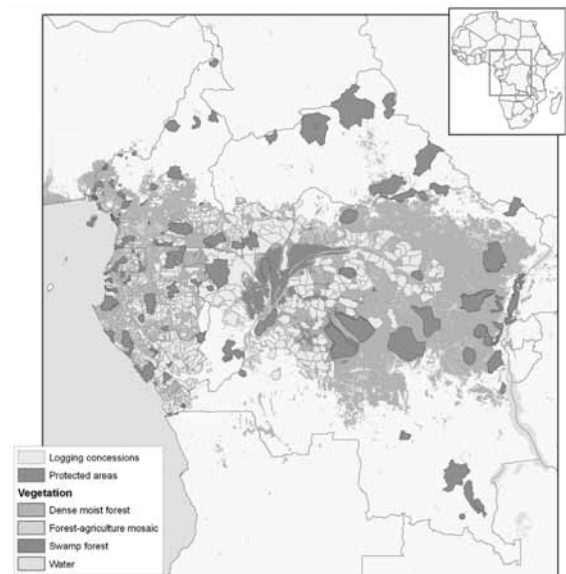
### Boom auf Kosten der Natur

Dass sich die Wirtschaft nicht auf Kosten von Natur und ländlicher Bevölkerung entwickeln soll, scheint in Uganda keine Frage mehr zu sein. Doch ist sie längst nicht abschliessend entschieden – weder in Uganda noch in anderen Regionen Afrikas.

In den Staaten des waldreichen Kongobeckens hängt die Wirtschaft teilweise stark an der Ausbeutung der Wälder, was nur in Ausnahmefällen schonend geschieht. Holzausfuhren machen in der Zentralafrikanischen Republik etwa die Hälfte der Exporterlöse aus, in Gabun beschäftigt der Forstsektor 20 Prozent der Bevölkerung. In der Demokratischen Republik Kongo trägt der Holzexport zum Bruttoinlandsprodukt zwar

zu lediglich einem Prozent bei, allerdings ist er im informellen Sektor beträchtlich, unerfasst und grösstenteils illegal. Er versorgt den lokalen Markt und den der Nachbarländer.

Letzteres wirft ein Schlaglicht auf zwei Phänomene: Die mangelhafte Umsetzung der Gesetze verunmöglicht eine auf Nachhaltigkeit bedachte Waldbewirtschaftung und hinterlässt grosse Flächen geschädigten Waldes. Im Fall des Kongo-Beckens jedoch hat politische Instabilität auch dafür gesorgt, dass vergleichsweise wenig Waldfläche ganz verschwunden ist. Es ist noch viel Wald da. Dies ist eine Chance für einen wirtschaftlichen Impuls ganz anderer Art: Geld für Nicht-Nutzung der Wälder durch das Klimaschutzinstrument REDD+.



Holzschlags-Konzessionen im Kongobecken.  
Quelle: World Resources Institute.

### Mit REDD+ kostengünstig gegen Klimawandel

Hatte die Stern-Review 2006 mit ihrer ökonomischen Bewertung der Folgen des Klimawandels Öffentlichkeit und Politiker der westlichen Welt hellhörig gemacht und die zwischenstaatliche ExpertInnengruppe zum Klimawandel IPCC, in ihrem vierten Sachstandsbericht 2007 den Anteil der Waldvernichtung am Treibhausgasausstoss mit 18 Prozent angegeben, legte ab 2007 McKinsey eine Kostenkurve vor, nach der Waldschutz eine überaus kosteneffiziente Klimaschutzmassnahme sei.

Zwar gerieten diese McKinsey-Aussagen Ende 2010 wegen methodischer Mängel in Misskredit, doch der Glaube an eine billige Treibhausgas-Reduktionsmöglichkeit verleiht dem Instrument REDD+ bis heute Schubkraft. REDD steht für «Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation» (Verminderung von Emissionen aus Entwaldung und Wald-Degradierung). Das + symbolisiert die Verbesserung der Kohlenstoff-Vorräte durch Schutz, nachhaltige Waldbewirtschaftung und Aufforstung.

Die Grundidee ist einfach: Erhalten tropische Länder ihren Wald, entgehen ihnen Entwicklungsmöglich-

keiten wie etwa neue Agrarflächen, Staudammprojekte, Siedlungsgebiete. Gleichzeitig kommen Kosten für die Durchsetzung des Waldschutzes auf sie zu. Hierfür sollen sie finanziell entschädigt werden.

### Der Weg zu den Kompensationszahlungen

2005 brachten die Länder Papua Neuguinea und Costa Rica diese Idee mit einer Vorlage zur 11. Klimakonferenz (Montreal) in die UNFCCC Klimadebatte ein. 2007 griff die 13. Konferenz den Vorschlag auf und regte im «Bali Aktionsplan» REDD-Pilotprojekte an. Die Weltbank stellte zeitgleich ihre mit 300 Millionen USD ausgestattete «Wald-Kohlenstoff-Partnerschaft» (FCPF) vor. Staatliche und nichtstaatliche Akteure sollten Vorschläge für die Ausgestaltung von REDD einreichen – über 30 kamen dabei zusammen. Das Ziel: Die Klimakonferenz im Dezember 2009 in Kopenhagen sollte das Kyoto-Folgeabkommen um eine Waldschutzkomponente erweitern. Nach dem Scheitern des Abkommens ging die Weiterentwicklung von REDD weiter. Nach der 16. Konferenz im mexikanischen Cancun ist REDD+ nun in Grundzügen erkennbar. Allein die Frage der Finanzierung – über einen staatlich finanzierten Fonds oder durch den Handel von Verschmutzungsrechten – blieb ausgeklammert und soll Ende 2011 in Durban beschlossen werden.

Der REDD-Mechanismus soll so funktionieren: Gezahlt wird nicht für bestehende Wälder, sondern für die Minderung ihrer Schrumpfung. Hierzu braucht man einen nationalen Referenzwert, der sich aus historischen und, bei Business-As-Usual zu erwarteten Waldverlusten errechnet. Verbunden ist hiermit eine Inventur der Wald-Kohlenstoffvorräte. Dann werden Eindämmungsmassnahmen durchgeführt. Der erreichte Rückgang der Waldverluste wird z.B. satellitengestützt überwacht. Für die Differenz zwischen dem Erreichten und dem gemäss Referenzszenario Erwarteten sollen jährlich die REDD-Gelder gezahlt werden – also nicht direkt für die Bekämpfung der Ursachen (z.B. industrieller Holzeinschlag und Umwandlung in kleinbäuerliches Ackerland im Kongobecken). Eines der Hauptprobleme bei REDD ist die Verlagerung z.B. des Holzraubbaus aus der REDD-Schutzzone ins Nachbarland (Leakage). Darüberhinaus fürchten IndigenenvertreterInnen Verreibungen aus REDD-Gebieten. EntwicklungsexpertInnen und NGOs fragen, ob REDD-Gelder nicht an der lokalen Bevölkerung vorbeifliessen und konstatieren, dass die wichtigste Voraussetzung für das Gelingen gesicherte Landrechte seien.

Dabei sind schon die methodischen Probleme nicht unbeträchtlich. Solide Daten über das Ausmass von Walddegradation in den Holzkonzessionen und den Wald-Ackerland-Mosaikflächen liegen für afrikanische Länder in der Regel nicht vor. Die Ermittlung eines Referenzwertes wird so zum Politikum. Hier versuchen die REDD-MacherInnen mit einem zweistufigen Programm gegenzusteuern, das die Staaten in kürzester Zeit in die Lage versetzen soll, eine seriöse Durchführung zu gewährleisten. Hilfen bei Referenz-Ermittlung und Inventur werden angeboten. Ein Ergebnis dieser Phase muss sein, dass die beteiligten Länder ihren Willen zum Engagement beim Waldschutz klar machen.



Tee-Plantage in Mabira. Viel ist vom Wald nicht übriggeblieben. Bild: Charlotte Beauvoisin 2011, [www.muzungublog-uganda.com](http://www.muzungublog-uganda.com)

### Raum für ressourcenschonende Alternativen

Eine REDD-unterstützte Ökonomie könnte im besten Fall bedeuten: Forstkonzessionen werden nur unter strikten Auflagen vergeben, diese werden z.B. mit einem Zertifizierungssystem wie dem des Forest Stewardship Council (FSC) kontrolliert. Staatliche oder private Programme finanzieren Waldregenerations- und Aufforstungsprojekte lokaler Initiativen. Bislang marginalisierte WaldbewohnerInnen bauen sich, eingebettet in ein z.B. vom Global Conservation Standard zertifiziertes Programm, mit Hilfe verlässlicher REDD-Geldflüsse ressourcenschonende ökonomische Alternativen auf. Die Lösungen sind bereits da.

Was aber, wenn die herrschenden Eliten zwar die Gelder, nicht aber den Waldschutz wollen? So zeigte am Rande von Klimaverhandlungen in Bonn 2009 der britische Umwelt-Watchdog «Global Witness» das Bild eines Bugatti Veyron, der 407 km/h schnell ist und eine Million USD kostet. 35 Stück dieser Luxusautos gibt es weltweit, drei davon besitzt der Forstminister von Äquatorial-Guinea. ■

Christoph Meyer ist Soziologe und war an der Universität Freiburg an einem Forschungsprojekt zu Biodiversität und Wald-Biosphärenreservaten beteiligt, bevor er sich dem Thema Klimawandel und Waldschutz durch REDD+ zuwandte. Zuvor führte er sieben Jahre lang als Tropenwaldreferent der deutschen Umweltorganisation Robin Wood Recherchen durch und leitete Kampagnen. Er ist Mitgründer eines deutschen Think Tanks zu REDD+ und freier Berater bei AGECE Consultants eG. Kontakt: [c.meyer@ageg.de](mailto:c.meyer@ageg.de).

#### Quellen:

- World Resources Institute. Forests for Climate in the Congo Basin – Questions and answers for understanding the challenges and opportunities of REDD. Washington 2009.
- Nathaniel Dyer and Simon Counsell. McREDD: How McKinsey «cost-curves» are distorting REDD. Rainforest Foundation UK – Climate and Forests Policy Brief November 2010. [www.rainforestfoundationuk.org/files/McRedd English.pdf](http://www.rainforestfoundationuk.org/files/McRedd%20English.pdf).

# Afrika in Kürze

## Angola

### Kein Platz für die Zivilgesellschaft

Das NGO-Forum der Southern African Development Community (SADC) trifft sich jährlich in jenem Mitglieds-Staat, in dem der SADC-Gipfel der Regierungsoberhäupter stattfindet. 2011 war Luanda, Hauptstadt Angolas, das Ziel für dieses Meeting, an welchem auch die Direktoren der grössten NGO-Dachorganisationen innerhalb der 15 SADC-Staaten teilnehmen wollten: des Rates der NGOs der SADC (SADC-CNGO), der Gemeinschaft der Christian Councils of Southern Africa (FOCCISA) und des Koordinationsrats der Southern Africa Trade Unions (SATUCC). Die Agenda für das diesjährige Forum enthielt folgende Themen: Regierung und Rechenschaftspflicht; Klimawandel und Management natürlicher Ressourcen; regionale Wirtschaftsintegration; Medien und Informationszugang; menschliche Sicherheit; Engagement der Zivilgesellschaft für die SADC; Gender; Jugend, Kinder und Behinderte. Selbstverständlich hatten die Organisatoren auch das Einverständnis der angolanischen Regierung zur Abhaltung dieses Forums eingeholt und erhalten. Doch inzwischen hatte sich diese anders besonnen: Eine Grosszahl der TeilnehmerInnen, allen voran die drei Direktoren, wurden am 11. August auf dem Flughafen in Luanda festgenommen und umgehend an ihren Herkunftsort deportiert. Dem Protestschreiben zuhanden der Regierung Angolas und des SADC-Sekretariats hat sich auch das Forum der angolanischen NGOs mutig angeschlossen. Es erstaunt wenig, dass auch die Presse, respektive die JournalistInnen deportiert wurden. ■

## Côte d'Ivoire

### Aufarbeitung der Konflikte

Der ivoirische Fussballstar Didier Drogba spielt bei Chelsea und ist gleichzeitig in seiner Heimat Mitglied der Commission de Dialogue, Verité et Reconciliation. Zur Ethnie des gestürzten Präsidenten Laurent Gbagbo gehörend, hat er doch nie Partei ergriffen im Bürgerkrieg und mehrmonatigen Machtkampf zwischen der damaligen nationalen Armee und den Milizen des Nordens. «Es wird nicht leicht sein, ich bin nicht Superman», sagt er zu dieser Aufgabe. Er wurde als Repräsentant der ivoirischen Diaspora in die Kommission gewählt, die am 5. September endgültig nominiert wurde. Neben dem Präsidenten der Kommission, dem früheren Premier des Gouvernement de Reconciliation, wurden drei Vizepräsidenten von Staatspräsident Quattara ernannt: ein traditioneller König, ein katholischer Erzbischof und das Oberhaupt des Rates der Imane. Die VertreterInnen des Ostens, Südens, Nordens und des Zentrums, darunter zwei Frauen, wurden je von der Bevölkerung dieser Regionen gewählt. ■

## Kenya

### Pionierin für die Umwelt und die Frauen

Die Kenyanerin Wangari Maathai, die 2004 als erste Afrikanerin den Friedensnobelpreis erhielt, erlag 71-jährig einem Krebsleiden. Sie, die in Swahili liebevoll Mama Miti («Mutter der Bäume») genannt wurde, hatte ihr Leben dem politischen und praktischen Kampf gegen die Umweltzerstörung in Afrika gewidmet. In den 60er Jahren konnte sie dank der damals grosszügigen Stipendien in den USA und in Deutschland Biologie studieren und promovieren. Zurück in Kenya wurde sie schon 1972 in die gerade neu gegründete UN-Organisation für Umwelt (UNEP) berufen. 1977 gründete sie das Green Belt Movement, das in Kenya inzwischen an die 45 Millionen Bäume gepflanzt hat. Was diese Bewegung hervorhob, war aber nicht nur der ökologische Gewinn, sondern auch die Konzeption des Programms, das neue Arbeitsplätze in den ländlichen Gebieten schuf, die Frauen involvierte und ihnen neue Rollen und Fertigkeiten verlieh. Das Green Belt Movement stand in Opposition zur offiziellen Entwicklungs- und Landwirtschaftspolitik der Regierung, doch Maathai liess sich vom Ruf als «verrückte Frau» nicht abschrecken. Auch auf der politischen Bühne erreichte sie Grosses für die Gleichstellung der Frauen in Afrika. ■

## Moçambique

### **Biodiesel-Produktion stottert**

Moçambique hat einigen ausländischen Grossinvestoren Ländereien für den Anbau von Pflanzen vermittelt, die zu Biodiesel verarbeitet werden können. An einem Seminar, das das staatliche Zentrum zur Förderung landwirtschaftlicher Investitionen CEPAGRI durchführte, wurde festgestellt, dass die meisten Bio-Diesel-Projekte nur einen Teil der ihnen zugewiesenen Landfläche effektiv nutzen; einige hätten bis anhin gar keinen Anbau vorgenommen. Deshalb hat das Landwirtschaftsministerium vorgeschlagen, die den einzelnen Projekten zugewiesenen Ländereien wieder zu verkleinern, oder sie ihnen gar zu entziehen.

Gegenwärtig gibt es laut Helio Neves, dem Koordinator des Bereichs Biodiesel bei CEPAGRI, in Moçambique 30 Bio-Diesel-Projekte mit einem Investitionsvolumen von über 100 Millionen USD. Die meisten sind jedoch noch in einem frühen Stadium. Für das 2009 gescheiterte 30 000 Hektar grosse Procana Ethanol-Projekt soll dieses Jahr ein Investor gefunden werden. Dieses Projekt will aus Zuckerrohr Biotreibstoff herstellen. Der vor Jahren stark propagierte Anbau des Jatropha Strauchs, aus dem ebenfalls Treibstoff hergestellt werden kann, ist weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Eine Studie zeigt auf, dass weit mehr Planung, Finanzhilfe und Beratung notwendig sind, um das vor allem für Kleinbauern gedachte Projekt ins Rollen zu bringen.

Bio-Diesel-Projekte kommen dort rascher voran, wo eine gute Infrastruktur, ausgebildete Arbeitskräfte, Lager – und Verarbeitungsmöglichkeiten bestehen. Dies ist in der Regel um Städte herum der Fall, nicht jedoch auf dem Land. ■

### **Mangel an Schulbüchern**

Aus ehrenwertem Grund wird im Januar 2012 ein Mangel an einzelnen Schulbüchern herrschen: Der Grossverlag Macmillan Books ist der Hauptlieferant für Schulbücher in Moçambique. Diese Schulbücher werden über ein Programm der Weltbank gesponsert. Doch Macmillan ist von der Weltbank als Lieferant gesperrt worden, weil der Verlag durch Schmiergeldzahlungen einen Grossvertrag mit Sudan erwirkte. ■

## Südafrika

### **Minenarbeiter klagen**

Die Klage von früheren Angestellten der Goldminen von Anglo American – einem der grössten Minenkonzerne der Welt – gegen ihren ehemaligen Arbeitgeber kommt vor den London High Court. Die Kläger fordern Schadenersatz für ihre Erkrankung an (unheilbarer) Silikose, die durch die ungeschützten Arbeitsverhältnisse in den Minen verursacht wurde. Mangelnde Entlüftung und Staubabsorption in den Minenschächten sei der Grund für den «Strom von Krankheiten aus Südafrikas Minen», beschreibt ein Gesundheitsexperte die Situation. Die Arbeiter werden von der britischen Anwaltsfirma Leigh Day & Co. vertreten, die ähnliche Schadenersatzklagen bereits erfolgreich geführt hat: gegen einen Asbest-Förderkonzern, gegen die Giftmüll-Deponie in Abidjan und gegen Shell wegen der Verwüstung des Niger-Deltas durch die rücksichtslose Ölförderung. ■

## Zambia

### **Kampagne für die Besteuerung der Minenkonzerne**

Oppositionelle Parteien in Zambia würzten den vergangenen Wahlkampf mit einer Kampagne für die Besteuerung der Ende der 1990er Jahre privatisierten Kupferminen. Während die inzwischen abgelöste Regierung monierte, die meist internationalen Konzerne würden dadurch von weiteren Investitionen abgeschreckt, konterte ein Professor der Minenwissenschaften mit einem Rückblick auf die Geschichte: «Die koloniale Regierung forderte <windfall tax royalties> [Abgaben für erhöhte Mehrerträge], korporative Sozialabgaben, Schulen und Spitäler für die Arbeitersiedlungen ... Wenn 46 Jahre später ein Präsident eines freien Landes denkt, es würde die Minenkonzerne vertreiben, falls er Steuern auf ihre Erträge erhebe, so ist das eine Tragödie.» ■

## Zimbabwe

### **Fonds mit schweizerischer und deutscher Beteiligung**

Die Schweiz ist dem Zimbabwe Multi Donor Fund (Zim-Fund) beigetreten. Der Fonds will die wirtschaftliche Erholung des Landes fördern. Im Fonds sind bis anhin Grossbritannien, Deutschland, Australien, Dänemark, Schweden und Norwegen vertreten. Der Fonds legt Projekte in der Höhe von über 600 Millionen USD vor. Bis Mitte Jahr sind Zusagen in der Höhe von 72 Millionen USD für zwei Projekte zur Wasserversorgung und Energieproduktion gemacht worden. Das Land ist gemäss Berechnungen der afrikanischen Entwicklungsbank mit über acht Milliarden USD verschuldet. Auch heute gibt es keine kohärente Finanzpolitik. Die ertragreiche Diamantenförderung im Osten des Landes erfolgt unter Umgehung staatlicher Strukturen durch die Führungsclique der ZANU und der zimbabwischen Armee. ■

## Nord-Süd

### **Oxfam verlangt Stopp der Biodiesel-Promotion**

Die Zahl der Kauf- und Leasing-Verträge über Tausende von Hektaren Land in vielen Staaten (vor allem) des Südens ist seit 2008 stetig gestiegen. Oxfam schätzt, dass allein in Afrika inzwischen 35 Millionen Hektaren an private oder staatliche Investitionsgesellschaften vergeben wurden. Die englische Entwicklungsorganisation kritisiert nicht nur, dass in den meisten Fällen kaum Entschädigungen und noch weniger Ersatz an die früheren NutzerInnen geleistet werden. Sie plädiert auch für das Sistieren der EU-Zielsetzung, bis 2020 den Benzinverbrauch mit zehn Prozent Biodiesel zu ergänzen. Abgesehen von der wachsenden Nahrungsmittelspekulation führe diese Zielsetzung zu «Land Grabbing» (siehe hierzu auch die Afrika-Bulletins Nr. 130 und 137). ■

# Côte d'Ivoire

## Kampf ums Präsidentenamt

**Der Konflikt in der Côte d'Ivoire, der nach den Präsidentschaftswahlen von Ende des letzten Jahres erneut ausbrach, ist inzwischen zwar weitgehend beigelegt, doch zur Sicherung von Stabilität und sozialem Zusammenhalt ist noch viel Arbeit nötig. Die Ethnologin Kathrin Heitz Tokpa beleuchtet die Hintergründe des Konflikts und gibt ein aktuelles Stimmungsbild.**

Wie gewöhnlich fuhr ich auch bei meinem Aufenthalt im letzten Juni mit dem Sammelbus in die Nordhälfte der Côte d'Ivoire. Noch in der ehemaligen Regierungszone, kurz vor Duékoué, ging auf einmal ein Raunen durch den Bus. Alle blickten gebannt nach draussen. Kein Dach war mehr auf den Häusern des verlassenen Dorfes. Nicht nur hier, praktisch landesweit sind die Spuren des jüngsten politischen Kampfes sichtbar. Die Wahlen, die den Friedensprozess hätten abschliessen sollen, haben – wie in andern Ländern auch – die Gräben erst einmal vertieft.



Grenzposten im Westen der Côte d'Ivoire. Eine der dringendsten Aufgaben der neuen Regierung ist die Reform des Sicherheitssektors, dazu gehören auch die Demobilisierung und die Reintegration der im Krieg rekrutierten Kämpfer.  
Bild: Kathrin Heitz Tokpa, April 2009.

### Strukturelle Ursachen

Dabei galt die Côte d'Ivoire lange als eines der stabilsten und wohlhabendsten Länder Westafrikas. Die offene Politik des ersten Präsidenten Félix Houphouët-Boigny zog viele ArbeitsmigrantInnen aus dem In- und Ausland an, einerseits in die wachsenden Städte, andererseits in die nur dünn besiedelten Kakao- und Kaffeeanbauggebiete des Südwestens – eine Migrationsbewegung, die in die französische Kolonialzeit zurückreicht und von Frankreich bewusst gefördert wurde. Die nördlichen Savannen dienten als Arbeitsreservoir und wurden entsprechend strukturell vernachlässigt. In den 1990er Jahren war über ein Viertel der Bevölkerung ausländischer Abstammung.

Als ab Anfang der 1980er Jahre die Rohstoffpreise fielen, geriet das Land in eine Serie von Wirtschaftskrisen. Gut ausgebildete junge Menschen fanden in den Städten keine Arbeit mehr, und im ländlichen Südwesten hatten die Verwandten den Boden oft an MigrantInnen verpachtet, verkauft oder auf Zeit vergeben. Die unklaren Besitzverhältnisse bilden seither Zündstoff für

Konflikte zwischen den sogenannten ersten Siedlern und den später hinzugezogenen MigrantInnen. Das Tutor-Gast-Verhältnis, das lange gut funktionierte, hat sich mit der wirtschaftlichen Verknappung verschlechtert, durch stets weitere ZuzüglerInnen verschärft und wurde zunehmend politisch instrumentalisiert.

### Nachfolge Houphouët-Boignys

Als 1993 Houphouët-Boigny nach über 33 Jahren an der Macht verstarb, begann unter den drei chancenreichsten Kandidaten (Henri Konan Bédié, Alassane Ouattara und Laurent Gbagbo) ein erbitterter Kampf um das Präsidentenamt, der das Land bis heute beschäftigt. Ein Instrument in dieser Auseinandersetzung war die ethno-nationalistische Ideologie der Ivoirité, des «echten» Ivorer-seins. Ivoirité übersetzt in den Alltag bedeutete beispielsweise, dass die Behörden sich zielen, einem Staatsbürger oder einer Staatsbürgerin mit einem Namen, der auf eine Herkunft aus dem Norden hindeutet, den Personalausweis zu erneuern. Die Begründung lautete oft, dass er oder sie «eigentlich» AusländerIn sei.

Basierend auf der Ideologie der Ivoirité wurde die Verfassung geändert, so dass Alassane Ouattara wegen «Zweifeln an seiner Nationalität» 1995 als Kandidat ausschied, obwohl er zuvor als Premierminister der Côte d'Ivoire geamtet hatte. Bei den darauffolgenden Präsidentschaftswahlen im Oktober 2000, die von einer Militärjunta organisiert wurden, waren weder Ouattara noch Bédié zugelassen. Unter tumultartigen Umständen ging schliesslich Laurent Gbagbo als Sieger über den Kandidaten der Militärjunta General Robert Guéi hervor. Schätzungsweise die Hälfte der wahlberechtigten Bevölkerung sah ihre Kandidaten auf der Basis von offensichtlich strategisch platzierten formalen Bestimmungen bereits im Vorfeld vom Wahlprozess ausgeschlossen. Sie fühlten sich um eine faire Wahl betrogen. Vor allem die AnhängerInnen Ouattaras forderten Neuwahlen. Ihr Protest wurde blutig unterdrückt. Die mit unlauteren Mitteln durchgeführten Wahlen hinderten damals Frankreich und weitere Staaten freilich nicht daran, Gbagbo zu seinem Wahlsieg zu gratulieren.

Wie bei Bédié und erst recht bei der Militärjunta stand auch Gbagbos Präsidentschaft von Anfang an auf wackeligen Beinen, so dass die Absicherung der Macht durch die Streitkräfte unabdingbar war. Die Militarisierung der Politik, die in die Jahre von Houphouët-Boigny zurückreicht, schritt weiter fort und war die logische Konsequenz manipulierter Wahlveranstaltungen.

### Die Rebellion von 2002

Schon zu Beginn von Gbagbos Amtszeit kursierten Gerüchte über weitere Coups. Mittelrangige Militärs, deren Loyalität aufgrund ihrer Herkunft eher einem politischen Rivalen zugesprochen wurde, fanden sich im Exil in Burkina Faso wieder und bereiteten dort vermutlich den Sturz Gbagbos vor. Am 19. September 2002 griffen sie an. Der Putsch misslang und weitete sich zu einem Krieg aus, der über 7000 Menschen das Leben kostete und Hunderttausende in die Flucht trieb. Die Rebellen kontrollierten schliesslich die Nordhälfte des Landes; der Süden verblieb unter der Regierung

Gbagbos. Ab 2003 folgten verschiedene Friedensabkommen, die nicht erfolgreich waren, bis 2007 ein fragiles Arrangement zur Machtteilung dafür sorgte, dass der politische Rebellenführer, Guillaume Soro, Premierminister in der Regierung Gbagbos wurde. Auf zähe Phasen folgten wieder wichtige Fortschritte. Eine der Konfliktursachen, das Problem der fehlenden Personalangabe, wurde mit internationaler Unterstützung (UNO) angegangen, die BürgerInnen identifiziert und die WählerInnen registriert. Nach mehreren Zerreißproben der Einheitsregierung und der wahlvorbereitenden gemischten Gremien, wählte die Côte d'Ivoire am 31. Oktober 2010 nach zehn Jahren das erste Mal wieder.

### Präsidentenwahlen 2010

Die ersten Wahlen nach dem Ausbruch der Rebellion sollten dem Konflikt ein Ende setzen und den Übergang zum Frieden demonstrieren. Es waren alle drei Kandidaten zugelassen: Bédié (PDCI), Gbagbo (FPI) und Ouattara (RDR). Der erste Wahlgang verlief weitgehend ruhig. Der amtierende Präsident Laurent Gbagbo lag deutlich vorne mit 38 Prozent der Stimmen gegenüber Ouattara (32%) und Bédié (25%). Am 28. November 2010 fand die Stichwahl zwischen Gbagbo und Ouattara statt. Der drittplatzierte Bédié rief seine AnhängerInnen auf, ihre Stimmen Ouattara zu geben. Mit 54 Prozent gelang es Alassane Ouattara, ein Ökonom mit Beziehungen zur internationalen Finanzwelt, die Wahl für sich zu entscheiden.

Der amtierende Präsident Laurent Gbagbo unterlag, doch seine engsten AnhängerInnen machten Unregelmäßigkeiten in den Hochburgen Ouattaras im Norden geltend. Der Vorsitzende des Verfassungsrats, ein Vertrauter Gbagbos, annullierte das von der UNO zertifizierte und von der unabhängigen Wahlkommission bereits verkündete Ergebnis und erklärte Laurent Gbagbo zum Sieger. Unmittelbar darauf leisteten sowohl Ouattara wie Gbagbo einen Amtseid. Die Côte d'Ivoire hatte zwei Präsidenten.

WahlbeobachterInnen aus dem In- und Ausland konnten keine Unregelmäßigkeiten registrieren, die Anlass boten, das Ergebnis ernsthaft in Frage zu stellen. Da die UNO parallel zur Wahlkommission direkt Einblick in die Unterlagen hatte, bestand sie (zusammen mit dem Gros der internationalen Gemeinschaft) mit aller Vehemenz auf der Richtigkeit der Resultate und deren Implementierung. Die aktive Rolle der UNO, die auf manche BeobachterInnen als eine grobe Einmischung wirkte, ging auf den Wunsch der sich gegenseitig misstrauenden drei Hauptanwärter auf das Präsidentenamt zurück und war in Abkommen geregelt worden. Bis heute ist es dem pro-Gbagbo Lager nicht gelungen, seine Einwände stichhaltig darzustellen.

Die Fronten zwischen den beiden Lagern verhärten sich dramatisch, internationale Vermittlungsbemühungen scheiterten. Gbagbo liess politische GegnerInnen gezielt verfolgen. Am 28. März lancierten die Ouattara-unterstützenden bewaffneten Gruppen eine Grossoffensive auf Abidjan. Gestützt auf eine Resolution des Sicherheitsrats wurden in Abidjan von der UNO und französischen Kräften Luftangriffe gegen das Regime von Laurent Gbagbo geflogen. Nach gut vier Mo-



Präfektur von Bloléquin: Ein paar Habseligkeiten zeugen von den Dutzenden ZivilistInnen, die hier im März von pro-Gbagbo Milizen ermordet worden sind. Bild: Kathrin Heitz Tokpa, 23. Juni 2011.

naten kriegerischer Auseinandersetzungen wurde am 11. April 2011 der an den Urnen unterlegene Kandidat Laurent Gbagbo in seiner Residenz verhaftet. Präsident Alassane Ouattara trat ein schwieriges Erbe an.

### Ist-Zustand und Ausblick

Während im Norden des Landes, der seit 2002 unter Rebellenherrschaft stand, die Veränderungen bis anhin minim sind, sah es im Süden im Juni anders aus. (Ex-)Rebellen kontrollierten die Quartiere Abidjans oder sind neu auch in Ortschaften des Südens «Chef».

Präsident Ouattara hat einen schweren Stand. Obwohl er an den Urnen einen Sieg errungen hat, konnte er erst nach dem Einsatz militärischer Mittel und durch die Unterstützung fremder Streitkräfte sein Amt antreten. Sowohl dem Ausland als auch der Ex-Rebellion ist er in gewisser Weise verpflichtet. Solange Ouattara den (Ex-)Rebellen im neuen Staat und seiner Verwaltung keine Perspektive eröffnen kann, bleiben sie wohl auf ihren Posten.

Im Westen sind durch beide Konfliktparteien ethnisch motivierte Menschenrechtsverbrechen begangen worden. So zeugten in Bloléquin zerstreute Habseligkeiten vom Massaker an Dutzenden von ZivilistInnen. Die Aufarbeitung und strafrechtliche Verfolgung solcher Verbrechen stehen noch aus und müssen Teil der dringend nötigen Versöhnung sein. Eine Kommission für Dialog, Wahrheit und Versöhnung ist seit Mai geschaffen, doch konkrete Schritte sind noch nicht erkennbar. Zudem bleibt fraglich, wie weit sie geeignet ist, die Ereignisse aufzuarbeiten, oder ob sie als ein Instrument gesehen werden wird, das der Straflosigkeit Vorschub leistet. Viele AnhängerInnen Gbagbos sind noch im Ausland, für sie ist die Lage noch immer zu unsicher. Möglichst bald sollen Parlaments- und dann Kommunalwahlen stattfinden, die kaum ohne Spannungen über die Bühne gehen werden.

Der Kampf ums Präsidentenamt und die nachfolgende Gewalt hat die Wunden aus dem ersten Krieg von 2002/03 wieder aufgerissen und die Gräben vertieft, die während des Friedensprozesses mühsam geglättet worden waren. Um langfristig soziale Kohäsion und Stabilität zu erlangen, müssen viele strukturelle Probleme wie die längst nicht gelöste Landfrage im Westen in Angriff genommen werden. ■

Kathrin Heitz Tokpa ist Doktorandin am Ethnologischen Seminar der Universität Basel. Ihr Forschungsprojekt befasst sich mit sozialem Vertrauen und Sicherheit in der Region Man, im Westen der Côte d'Ivoire. Kontakt: k.heitz@unibas.ch.

# Literatur

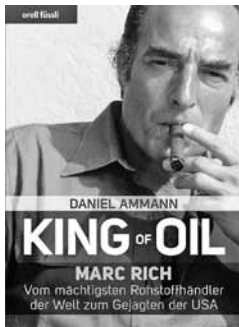
## Buchbesprechungen



### Drehscheibe Schweiz

sg. Achtung Schwindelgefahr!  
Das Buch der Erklärung von Bern über den stetig wachsenden Rohstoffhandel in der Schweiz führt in meisterhafter Deutlichkeit vor Augen, was Globalwirtschaft heute bedeutet. Das exponentielle Wachstum dieser Branche über die letzten 15 Jahre weist auf die günstigen Banking-, Steuer- und Rechtsbedingungen hin, die die Schweiz zur favorisierten Drehscheibe machen – leibhaftige Anti-These zum SVP-Mythos der unbescholtenen Schweiz, die nur still für sich ihr Glück geniessen will. Denn die Mittel und Wege des Rohstoffhandels verweisen die Piraterie ins romantische Fach. Welche Dienste der Privatisierungszwang der Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank dem Rohstoffhandel für den Zugriff auf die Extraktion selber geleistet haben, wird ebenfalls klar. Eine Pflichtlektüre in höchst ästhetischer, didaktischer Aufmachung, die als Weihnachtsgeschenk jeden Krimi ersetzt. ■

Erklärung von Bern: Rohstoff – das gefährlichste Geschäft der Schweiz. Zürich 2011 (Salis-Verlag).



### Unbekannter

#### Wirtschaftstycoon

hus. Mit dem Börsengang der in Zug domizilierten Rohstoffhandelsfirma Glencore wurden einige wenige Informationen über das äusserst verschwiegene Unternehmen bekannt, das 2010 rund 160 Milliarden USD umsetzte. Mit Glencore ist untrennbar der Name Marc Rich verbunden – über den bis anhin ebenso wenig bekannt war.

Die Biografie «King of Oil» wirft Licht auf den mächtigsten Rohstoffhändler der Welt, der alles macht, was Profit verspricht. Wer die Gegenseite ist, spielt dabei eine untergeordnete Rolle. Geschäfte mit Castros Kuba, Khomeinis Iran oder dem südafrikanischen Apartheidsystem wurden problemlos abgewickelt.

Interessant an diesem Buch ist, dass der bis anhin medienscheue Rich selbst zahlreiche Geheimnisse lüftet, ja manchmal regelrecht ins Erzählen kommt. So schildert er etwa, wie er nach Khomeinis Machtübernahme weiterhin – und als einziger – mit dem neuen Regime zusammenarbeiten konnte.

Daniel Ammann hat spannende Geschichten gut lesbar und auch unterhaltend aufgearbeitet. Die Biografie ist allen zu empfehlen, die sich über das Innenleben des internationalen Handels informieren wollen. ■

Daniel Ammann: King of Oil. Marc Rich – Vom mächtigsten Rohstoffhändler der Welt zum Gejagten der USA, Zürich 2010 (Orell Füssli).

### Postkarten als Zeitzeugen

hus. Vor etwas mehr als hundert Jahren wurden die ersten Ansichtskarten gedruckt. Für HistorikerInnen stellen die Motive eine reiche Quelle dar. Oftmals ist es heute leichter, die Entwicklung einer Siedlung oder einer Stadt anhand von Ansichtskarten zu dokumentieren als anhand von Fotografien. Das Fotografieren war zu jener Zeit einigen Wenigen vorbehalten, die sich den Apparat und das Entwickeln der Bilder leisten konnten. Im Unterschied zu heute war Fotografieren damals begüterten Kreisen sowie BerufsfotografInnen vorbehalten, die in der Folge die Bilder zu Ansichtskarten verarbeiteten.

HistorikerInnen und auch Museen greifen deshalb zu Dokumentationszwecken zunehmend auf alte Ansichtskarten zurück. Reproduktionen von Postkarten bereichern Geschichtsbücher oder Gesamtdarstellungen. Nicht nur Ortsansichten, auch Porträts von Menschen, die Abbildung von Landschaften, Menschen bei der Arbeit, Sitten und Gebräuche, Kriegsszenen und Unglücksfälle vermitteln als Ansichtskartenmotive Einblick in sonst kaum oder gar nicht Dokumentiertes. Dass die Bilder

oftmals koloniale Überheblichkeit transportieren, liegt im damaligen Zeitgeist begründet. Ansichtskarten bilden so einen reichhaltigen Fundus für historische und soziologische Erkenntnisse.

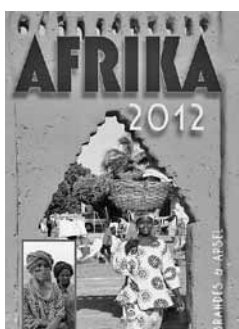
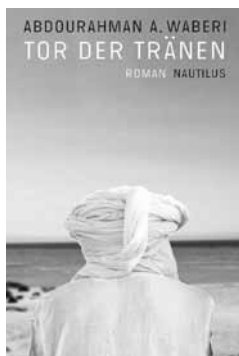
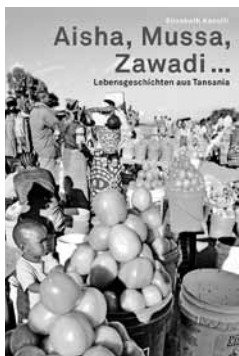
Für die Ausstellung «Djenné, il y a cent ans» über die malische Stadt Djenné, die Mitte der Neunzigerjahre im Königlichen Tropeninstitut in Amsterdam, im Museum der Kulturen Basel und im Nationalmuseum in Bamako gezeigt wurde, ist massgebend auf Postkartenansichten der Stadt zurückgegriffen worden. Interessant dabei ist, dass das Museum der Kulturen Basel eine eigene Sammlung an Ansichtskarten besitzt. Auch die 2003 in Paris erschienene Publikation «Bon souvenir des colonies» greift im Wesentlichen auf Postkarten zurück.

Nun legt Gerulf Augustin, der lange Zeit in der Entwicklungszusammenarbeit in Zimbabwe tätig war, eine mit Ansichtskarten reich bebilderte Dokumentation zur deutschen Kolonialgeschichte vor. Dabei konzentriert sich Augustin auf Deutsch-Südwestafrika, also das heutige Namibia. Mit Hunderten von Postkarten wird auf die Zeit der Eroberung und Besiedlung eingegangen, wobei die Kolonialkriege nicht ausgespart bleiben. Eine interessante, aufschlussreiche Publikation, die uns in eine versunkene, aber dennoch nicht sehr lange zurückliegende Zeit zurückversetzt. ■

Gerulf Augustin: Gruss aus Deutsch-Südwest. Ansichtskarten erzählen. Halle 2009 (projekte-verlag).

### Tansanische Porträts

hus. Während vier Jahren lebte die Journalistin Elisabeth Kaestli in Tansania. In dieser Zeit führte sie mit Männern und Frauen Gespräche, befragte sie zu ihrer Lebensgeschichte, zu ihren Hoffnungen. Es sind Geschichten eines harten Überlebenskampfes aber auch



## Neue CDs

der Zuversicht. Kaestli bringt uns das Leben der Menschen und die Probleme des Landes näher und schafft damit, was viele Statistiken nicht vermögen: Verständnis. Die Geschichten sind ergänzt mit kleinen Texten zu Beobachtungen aus dem Alltag: über Wasser, das Leben in der Kleinstadt, den Begriff der Zeit. ■

Elisabeth Kaestli: Aisha, Mussa, Zawadi ... Lebensgeschichten aus Tansania, Zürich 2011 (Limmat Verlag).

### Rückkehr in den Tod

hus. Dschibril («Just call me Dschib») kehrt für einen Aufklärungsauftrag in seine Heimat Dschibuti zurück. Er, westlich orientiert und in Kanada wohnhaft, soll innert ein paar Tagen möglichst viel über das Land und die Bedrohungslage herausfinden. Doch parallel zu seinen Ermittlungen kommt Dschib immer mehr ins Visier islamischer Fundamentalisten, zu denen auch sein Zwillingsbruder gehört. Schliesslich endet der Auftrag tödlich. In die Recherchen sind reale Ereignissen und Entwicklungen eingewoben, so dass der Roman einen sehr aktuellen Bezug hat. ■

Abdourahman A. Waberi: Tor der Tränen. Roman. Hamburg 2011 (Edition Nautilus).

### Kalender

#### Afrika für unterwegs

bf. Der Taschenkalender birgt einmal mehr eine Fülle von Daten, Texten und Bildern, Tipps und Informationen zu Afrika. ■

Afrika Taschenkalender 2012. Frankfurt a.M. 2011 (Brandes&Apsel).

### Die Welt auf dem Schreibtisch

bf. Die sehr schön gestaltete Tischagenda begleitet jede Woche mit einem Foto mit Legende sowie einem Sprichwort oder einem anderen tief sinnigen Satz. ■

Helvetas Almanach 2012. Zürich 2011 (Helvetas).



### Zwei Frauenstimmen aus Westafrika

Schon immer spielten Sängerinnen in der Musik Westafrikas, vorwiegend aus Mali, Senegal, Guinea und der Côte d'Ivoire, eine wichtige Rolle. Ursprünglich aus der Griottradition stammend, entwickelte sich im Laufe der Zeit eine selbstständige und einflussreiche Musikszene. Sona Diabaté und Sayon Bamba von der Frauenband Les Amazones de Guinée; oder Oumou Sangare, Rokia Traoré, Dobet Gnahoré und Nahawa Doumbia sind nur ein paar Beispiele einer grossen Anzahl bedeutender Sängerinnen. Starke, aussagekräftige Stimmen, oft mit einer klaren Botschaft.

Nun sind wieder zwei empfehlenswerte Platten westafrikanischer Sängerinnen erschienen.

Mamani Keita, ursprünglich aus Bamako stammend, legt mit «Gagner l'argent français» ein zeitgemässes und berührendes Album vor. Mamani Keita lebte lange Zeit als Illegale in Paris. Am eigenen Leib musste sie erfahren, was es heisst, sich mit ihrem Kind als illegale afrikanische Migrantin durchs Leben zu schlagen. So ist es klar, dass auf ihrer neuen Platte auch ihr Überlebenskampf, ihre Erfahrungen thematisiert werden. Mamadi Keita hat eine kraftvolle, klare Stimme. Gekonnt wechselt sie in ihren Songs zwischen ihrer Muttersprache Bambara und Französisch. Die Musik umfasst das ganze Spektrum zwischen Tradition, Afro-Beat, Electro und Dub. Es gibt unverhoffte Wechsel, welche aufs Beste die Aussagen ihrer Lieder



unterstreichen. Während Mamani Keita mit «Gagner l'argent français» ihr drittes und überzeugendstes Album vorlegt kommt mit Fatou die erste eigene Platte des jungen, in der Côte d'Ivoire geborenen und in Mali aufgewachsenen Talents Diawara Fatoumata. Auch diese Sängerin lebt heute in Paris. Doch ihre künstlerische Laufbahn begann als Schauspielerin. Sie agierte in Theaterstücken und Filmen. Immer stärker wurde ihr Engagement als Sängerin. So arbeitete sie unter anderem mit Cheikh Lô, AfroCubism, Herbie Hancock und dem Orchestre Poly-Rythmo de Cotonou zusammen. Oumou Sangare machte dann Diawara beim angesagten Label World Circuit bekannt. Auf «Fatou» ist sie nun mit ihrer wunderbaren Stimme und ihrer akustischen Gitarre zu hören. Weitere vorzügliche Musiker begleiten sie dabei. Zwischen Wassoulou-Sound, Kongo-Gitarren und ruhiger Musik hinterlässt die Stimme von Diawara Fatoumata einen bleibenden und erfrischenden Eindruck. Übrigens gibt sie in nächster Zeit einige Konzerte in der Schweiz.

Beide Sängerinnen verkörpern mit ihren Platten ein neues Kapitel afrikanischer Musik. Roots verbindet sich mit aktueller Musik und aktuellen Themen der heutigen Zeit. ■

Mamani Keita. Gagner l'argent français. Spielzeit etwa 50 Minuten. 10 Tracks. No Format! Records.

Diawara Fatoumata. Fatou. Spielzeit etwa 50 Minuten. 12 Tracks. World Circuit Records.

Die Besprechung verfasste Pius Frey.

Bezugsadresse für CDs: Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St. Gallen. medien@comedia-sg.ch. www.comedia-sg.ch, mit umfassendem Angebot aktueller CDs mit Musik aus Afrika.

# Neue Medien als Antrieb für Demokratisierung und Entwicklung?

Symposium der Novartis Stiftung  
für Nachhaltige Entwicklung

2. Dezember 2011, Novartis Campus, Basel



„Neue Medien als Antrieb für Demokratisierung und Entwicklung?“ ist das Thema des diesjährigen Symposiums der Novartis Stiftung. Am Vormittag stehen die **neuen Medien als Instrumente der Demokratisierung** im Mittelpunkt. Die ReferentenInnen werden die Rolle von Facebook und anderen Social-Media-Plattformen bei den Revolutionen in der arabischen Welt diskutieren und über die Auswirkungen der zunehmenden Verbreitung des Mobilfunks auf dem afrikanischen Kontinent sprechen.

Der Nachmittag steht dann im Zeichen von **Informations- und Kommunikationstechnologien für die Entwicklung und Gesundheit**. Die ReferentenInnen werden das Potenzial von E-Health erörtern und Ergebnisse darüber vorlegen, wie solche Anwendungen den Zugang zu Gesundheitsversorgung verbessern können.

Das vollständige Programm ist auf unserer Webseite aufgeschaltet, wo Sie sich auch kostenlos anmelden können: [www.novartisstiftung.org/symposium](http://www.novartisstiftung.org/symposium)

Alternativ steht am 2. Dezember über unsere Webseite auch ein Live-Webcast zur Verfügung.

Novartis Stiftung  
für Nachhaltige Entwicklung